



Datenschutzrechtliche Information

gemäß Artikel 13 und 14 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)¹

Dieses Informationsblatt bezieht sich auf Datenerhebung im Zusammenhang mit **luftverkehrsrechtlichen Vorgängen (Drohnen- und Ballonflüge, Hubschrauber- oder Zeppelinstarts-/landungen außerhalb genehmigter Flugplätze, Fallschirmspringen usw.) bzw. der Erteilung von sogenannten Unbedenklichkeitserklärungen** auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Dresden.

Auf der Grundlage von Art. 13 EU-DSGVO informieren wir Sie im Folgenden über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem oben genannten Antrag/der Anzeige. Die in Ihrem Antrag enthaltenen personenbezogenen Daten sind im Ordnungsamt für die Bearbeitung erforderlich und werden nur für diesen Zweck verarbeitet. Ohne diese Angaben ist eine Bearbeitung des Antrages/der Anzeige nicht möglich.

Verantwortlichkeit: Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist das Ordnungsamt der Landeshauptstadt Dresden, Theaterstraße 11-15, 01069 Dresden, E-Mail: ordnungsamt@dresden.de.

Zweck der Datenerhebung und gesetzliche Grundlage: Die Datenerhebung ist notwendig, um das Erlaubnisverfahren durchführen zu können. Ohne diese Angaben ist eine Bearbeitung des Antrages/der Anzeige nicht möglich. Insbesondere ist die Datenerhebung erforderlich im Hinblick auf:

- Unbedenklichkeitserklärungen im Zusammenhang mit einem Antrag nach §§ 21a oder b Luftverkehrs-Ordnung (LuftVO) bei der Landesdirektion Sachsen als obere Luftverkehrsbehörde
- Unbedenklichkeitserklärung für Außenstarts und –landungen von Hubschraubern/Heißluftballons § 18 Abs. 1 LuftVO
- Unbedenklichkeitserklärungen für Landungen von Fallschirmspringern und Gleitschirmspringern gemäß § 18 Abs. 2 LuftVO
- Unbedenklichkeitserklärungen für das Auflassen von Fesselballons sowie Drachen und Schirmdrachen gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 1 und 3 LuftVO
- die Anzeigenbearbeitung im Sinne des Abschnitts III. Nr. 5 der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen zur Erteilung der Betriebserlaubnis für unbemannte Luftfahrtssysteme und Flugmodelle gemäß § 21a LuftVO und Zulassung von Ausnahmen von Betriebsverboten gemäß § 21b LuftVO für den Freistaat Sachsen (Allgemeinverfügung unbemannte Luftfahrtssysteme und Flugmodelle) bzw. die Beurteilung, ob der Betrieb des Fluggerätes zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung untersagt werden muss.

Gesetzliche Grundlage für die Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten ist: Art. 6 Abs. 1 c) und e) EU-DSGVO in Verbindung mit §§ 18 Abs. 1 und 2, 20 Abs. 1 Nr. 1 und 3, 21 a und b LuftVO (i. V. m. der Allgemeinverfügung unbemannte Luftfahrtssysteme und Flugmodelle).

¹ Sollte das von der Behörde geführte Verfahren in ein konkretes Ordnungswidrigkeitenverfahren übergehen, unterliegt die hier betreffende Datenverarbeitung ab diesem Zeitpunkt dem Regelungsbereich der EU-Richtlinie 2016/680. Die Regelungen der EU-DSGVO gelten für diesen Fall nicht mehr. Die EU-Richtlinie wird umgesetzt durch das Sächsische Datenschutz-Umsetzungsgesetz, so dass sich ab diesem Zeitpunkt Ihre Rechte nach diesem Gesetz bestimmen.

Datenübermittlung: Ihre Angaben werden nur für diesen Zweck verarbeitet. Im Rahmen des Verwaltungsverfahrens werden die personenbezogenen Daten nur in dem Umfang an andere Fachämter der Landeshauptstadt Dresden oder externe Fachbehörden übermittelt, soweit dies für die Prüfung und Entscheidung erforderlich ist.

Ihre personenbezogenen Daten können insbesondere weitergeben werden an: Umweltamt, Amt für Hochbau- und Immobilienwirtschaft, Straßen- und Tiefbauamt, Amt für Stadtgrün- und Abfallwirtschaft, Polizei, Landesdirektion Sachsen als obere Luftverkehrsbehörde.

Es erfolgt keine Datenübermittlung an ein Drittland (außerhalb der EU).

Datenerhebung aus anderer Quelle: Falls die Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, stammen diese (insbesondere) aus folgenden Quellen (Art. 14 EU-DSGVO): Landesdirektion Sachsen als obere Luftverkehrsbehörde.

Dauer der Speicherung: Nach Abschluss des Verwaltungsverfahrens werden Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer von 10 Jahren gespeichert.

Rechte der Betroffenen gegenüber dem Verantwortlichen: Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt gemäß den Bedingungen der EU-DSGVO. Als Betroffener haben Sie folgende Rechte:

- Auskunft nach Art. 15 EU-DSGVO,
- Berichtigung fehlerhafter Daten nach Art. 16 EU-DSGVO,
- Löschung bzw. Vergessenwerden nach Art. 17 EU-DSGVO,
- Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 EU-DSGVO,
- Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Art. 21 EU-DSGVO,
- Datenübertragbarkeit nach Art. 20 EU-DSGVO,
- Widerruf, wenn die Verarbeitung der Daten auf einer Einwilligung beruht. Die Verarbeitung der Antragsdaten bleibt bis zum Zeitpunkt des Widerrufs rechtmäßig.

Es bestehen ggf. Einschränkungen der genannten Rechte gemäß Art. 23 Abs. 1 h) EU-DSGVO und spezialgesetzlicher Regelungen.

Der Datenschutzbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden ist erreichbar unter:

Postfach 120020, 01001 Dresden

E-Mail: datenschutzbeauftragter@dresden.de.

Recht der Betroffenen gegenüber der Datenschutzaufsichtsbehörde: Als betroffene Person, die ihre personenbezogenen Daten zur Verfügung stellt, haben Sie das Recht auf Beschwerde gegen die Verarbeitung nach Art. 13 Abs. 2 d) bzw. Art. 77 Abs. 3 EU-DSGVO. Die zuständige Aufsichtsbehörde ist der Sächsische Datenschutzbeauftragte.

Impressum

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Dresden

Ordnungsamt
Telefon (03 51) 4 88 63 00
E-Mail ordnungsamt@dresden.de

Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon (03 51) 4 88 23 90
E-Mail presse@dresden.de

Postfach 12 00 20
01001 Dresden
www.dresden.de
facebook.com/stadt.dresden

Zentraler Behördenruf 115 – Wir lieben Fragen

Gestaltung/Gesamtherstellung:
Ordnungsamt

Oktober 2019